

Mayer, Otto G.

**Article — Digitized Version**

## Technologieexport - ein Sicherheitsrisiko?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Mayer, Otto G. (1985) : Technologieexport - ein Sicherheitsrisiko?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135995>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Otto G. Mayer

## Technologie- export – ein Sicherheitsrisiko?

Ihren Wohlstand verdanken die westlichen Industriestaaten nicht zuletzt dem gegenseitigen und im großen und ganzen freizügigen Austausch von Ideen, Technologien, Kapital sowie Gütern und Dienstleistungen. Die Freizügigkeit im Inneren und nach außen sowie der Austausch über die Grenzen hinweg waren und sind das große, nicht nur wirtschaftliche Plus der westlichen Länder gegenüber ihren östlichen Counterparts. Völlig zu Recht muß man deshalb darüber besorgt sein, daß anscheinend in den Vereinigten Staaten seit der Kontroverse um das europäisch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft vor über zwei Jahren immer wieder Versuche unternommen werden, den Export hochwertiger Technologien und den Transfer technologischen Wissens nach Europa – auch und insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland – zu beschränken oder scharfen Sicherheitsbestimmungen zu unterwerfen, denen sich auch die importierenden Institutionen und Unternehmen im Ausland beugen sollen. Und dies alles

zu dem alleinigen Zweck zu verhindern, daß die Sowjetunion in den Genuß moderner westlicher, militärisch verwendbarer Technologie kommt.

Sicherlich stellt sich die Frage, inwieweit ein souveränes Land ein derartiges Übergreifen US-amerikanischer Gesetze und Verordnungen auf seine Bürger und juristischen Personen dulden darf oder kann, auch wenn diese Bestimmungen nicht im Widerspruch zu seinen eigenen Gesetzen stehen. Das Kernproblem des US-amerikanischen Verhaltens dürfte aber darin zu sehen sein, daß die Gefahr besteht, daß aus einem Sicherheitsdenken heraus Maßnahmen ergriffen werden, die gerade die Sicherheit aller westlichen Bündnispartner untergraben können.

Einmal entbehrt eine Politik, die die Partner oder deren Unternehmen und Institutionen durch Vorenthalten moderner Technologien schwächt, nicht eines gewissen politischen Widersinns. Zum anderen liegt der Verdacht nahe, daß die damit verbundene wirtschaftliche Schwächung konkurrierender ausländischer Unternehmen aus der Sicht der USA in einigen Fällen den nicht unerwünschten Nebeneffekt hat, die eigenen Exporte zu fördern. Entscheidender sind jedoch die möglichen langfristigen Folgen. Wenn andere Länder und Unternehmen nicht mehr unbedingt darauf bauen können, benötigte und in den USA verfügbare Technologien – in welcher Form auch immer – zu erhalten, werden viele von ihnen neben Kosten- auch verstärkt Risikoerwägungen darüber anstellen, ob in den USA entwickelte Techniken weiterhin dort erworben und im eigenen Unternehmen eingesetzt oder – wenn auch zu höheren Kosten – selbst entwickelt werden sollten.

Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wären im letzteren Falle zum Schaden aller dahin. Da-

bei spielt es dann fast schon keine Rolle mehr, daß es früher oder später zu weiteren Drehungen an der Protektionismusschraube kommen dürfte, da für die (zu höheren Kosten) erstellten eigenen Produkte sicherlich ein entsprechender Schutz vor (US-)Konkurrenz gefordert werden dürfte.

Anstatt eine Politik zu betreiben, die die eigentliche Stärke des Westens – Wohlstand und hohes technologisches Niveau auf der Grundlage eines liberalen, wettbewerblichen Wirtschaftssystems – beeinträchtigt, sollte man sich der Stärke dieses Systems bewußt werden und sie gezielt auch für die Sicherheit einsetzen. Das heißt konkret, daß sich die westliche Führungsmacht darauf besinnt oder ihr bewußt gemacht wird, daß sie in dieser Hinsicht bislang einem defensiven Verhalten frönt, indem sie versucht, einen gegebenen technologischen Vorsprung zu halten, statt auf die ur-eigenste Tugend der amerikanischen Gesellschaft und des westlichen Wirtschaftssystems, die Dynamik, zu bauen.

Auch wenn Bürokraten und die Gesetzesmaschinerie schnell und (leider) viel produzieren, so dürfte doch bezweifelt werden, ob die Veränderung der Regelwerke – sei es die COCOM-Liste oder andere – mit dem Tempo des technischen Fortschritts mithalten kann. Hieraus resultieren unvermeidlicherweise immerwährender Zwang und Streit zur bzw. über die Definition militärisch sensibler Technologien. Die Unsinnigkeit eines derartigen Verfahrens wird sofort einsichtig, wenn Personalcomputer, die in jedem westlichen Kaufhaus zu haben sind, auf irgendwelchen Exportkontrolllisten erscheinen. Das Ziel, im Technologiebereich ständig die Nase vorn zu haben, wird sicherlich nicht durch derartige Kontrollen erreicht, sondern durch unablässige Innovation. Und das beste Förderungsinstrumentarium ist auch hierfür Offenheit, Freizügigkeit und Konkurrenz.